Hamburger Appell

GEW startet Kampagne

Am 22. September 2020 hat unser Landesvorstand mit großer Betroffenheit die Lage der Kolleg_innen in der staatlich reglementierten Weiterbildung zur Kenntnis genommen und mit einem einstimmigen Votum die erste Stufe unserer Kampagnenrakete zündfertig gemacht, um die Lage der Lehrenden in der Weiterbildung deutlich zu verbessern.

Die zweite Stufe wurde Ende September angeflanscht, als die GEW Bundesfachgruppensitzung die Intention des Hamburger Appells für gute Weiterbildung unterstützte. Allerdings mussten noch ein paar Schräubchen neu justiert werden, denn es galt, alle Formulierungen mit der Beschlusslage der Bundes-GEW in Übereinstimmung zu bringen. Dies war am Ende erfolgreich.

Die letzte, ebenfalls wichtige Stufe war die Feinabstimmung mit Vertreter_innen der Unternehmensfachverbände der Weiterbildung, BBB und BVIB, um durch eine breite Koalition zusätzliche Energie zu gewinnen, mit der wir unsere argumentative Botschaft über die skandalösen Bedingungen in der Branche nachhaltiger in den bundespolitischen Diskurs einbringen können.

Seit dem 27.10. ist der „Hamburger Appell Gute Weiterbildung“ unterwegs. (s. rechts)

Wie es weitergeht

Wir wollen so viele Unterschriften von Einzelpersonen sammeln wie möglich, das heißt auch von allen GEW-Mitgliedern, also von euch. Wir mobilisieren weiter über die Landesverbände und über die Bundesorganisation. In Hamburg wollen wir uns mit Ver.di und dem DGB koordinieren.

Darüber hinaus wollen wir aber auch aus dem Unternehmensbereich und den Parteien in Hamburg Unterstützer_innen gewinnen. Im Bundestag wollen wir ebenfalls parteiübergreifend die Grundlage dafür schaffen, dass sich noch vor der nächsten Bundestagswahl im Herbst 2021 die Ignoranz gegenüber den Verhältnissen in der staatlich verantworteten Weiterbildung auflösen lässt.

Diese drückt sich z. B. darin aus, dass der Hamburger Senat in seiner Corona-Hygieneverordnung für die beruflichen Schulen und in den schulischen Oberstufen sinnvollerweise eine dauerhafte Maskenpflicht eingeführt hat, um Infektionen zu vermeiden; bedauerlicher Weise aber nicht in der Erwachsenenbildung, mit ihren Sprach- und Integrationskursen für Flüchtlinge, wo die Gefährdungslage deutlich größer ist.

Wenn ihr das oder 40 Unterrichtsstunden bei einer Vollzeitstelle nicht hinnehmen wollt, braucht ihr nur den nebenstehenden QR Code des „Hamburger Appells Gute Weiterbildung“ einzuscannen und könnt dann in wenigen Schritten den Appell unterzeichnen.

Unsere Gespräche zeigen erste Erfolge: Die Hamburger CDU hat am 14.10. einen Antrag mit dem Titel „Damit die Integration gelingt – Prekäre Beschäftigung im Bereich der Weiterbildung, vor allem bei den DaZ-/DaF-Lehrkräften reduzieren“ in die Hamburger Bürgerschaft eingebracht. Dieser Antrag greift viele unserer Argumente und Forderungen auf. Wir sind gespannt.

DETLEF ZUNKER
FG Erwachsenenbildung

Foto: Pixabay

Wir wollen gar nicht zu den Sternen, aber dort landen, wo es gerechter zugeht

Hamburger Appell

Staatlich verantwortete Weiterbildung vor dem Abgrund - die Politik muss dringend handeln!

Landesverband Hamburg

Unser Ziel: Nachhaltige Verbesserung der Lage der Lehrenden und der Träger der staatlich verantworteten Weiterbildung, insbesondere der BAMF-finanzierten Sprach- und Integrationskurse für Geflüchtete

Aktuelle Situation: gesellschafts- und bildungspolitisch skandalöse Beschäftigungsbedingungen für die fast 20.000 Lehrenden in den Sprach- und Integrationskursen:

Bedingungen der Lehrenden:

Prekär Honorar-Beschäftigte erhalten 35 € pro Unterrichtsstunde (netto ca. 17 €), zahlen ihre gesamten Sozialversicherungsbeiträge selbst, haben kein Einkommen im Krankheitsfall, tragen das volle unternehmerische Risiko – oder

Prekär Angestellte haben meist nur befristete Verträge, arbeiten häufig 40 oder mehr Unterrichtsstunden pro Woche bei Vollzeit, haben keine bezahlte Vor- und Nachbereitungszeit für den Unterricht, d.h. reale Arbeitszeiten von bis zu 60 Zeitstunden pro Woche, treiben Raubbau an ihrer Gesundheit / Bruttogehalt: oft nicht über 3000 €

Die aktuelle Corona-geprägte Situation hat die Lage sowohl der Lehrenden als auch der Weiterbildungsbetriebe noch einmal drastisch verschärft. Viele Betriebe haben ihre Rücklagen aufgezehrt. Viele Lehrende sind überschuldet, in Existenznot geraten und müssen sich beruflich umorientieren.

Integration kann aber nur dann gut gelingen, wenn die Weiterbildungsträger in die Lage versetzt werden, menschenwürdige Arbeitsbedingungen anzubieten und in zukunftsfähige Ausstattung zu investieren. Die Pandemiepauschale ist hierfür viel zu niedrig und nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Wenn sich an der Finanzierung der Weiterbildung in den nächsten Monaten nichts ändert, wird ein erheblicher Teil der Träger die Pandemiezeit nicht überleben.

Die politischen Entscheidungsträger sind daher aufgefordert, massiv in eine bessere Finanzierung der Sprach- und Arbeitsintegrationskurse zu investieren. Hierzu gehören auch eine deutliche Verbesserung der Bezüge der Lehrenden und eine verbindliche Obergrenze der wöchentlich zu leistenden Unterrichtsstunden als Voraussetzung für gute Qualität von Weiterbildung.

Wir fordern deshalb von der großen Koalition auf Bundesebene noch für diese Legislatur:

Eine gesetzliche Verbesserung der Bedingungen in der staatlich verantworteten Weiterbildung mit:

1. Bundestariftreuegesetz (nur noch Träger mit Tarifverträgen bekommen Mittel aus der öffentlichen Hand)
   – Eingruppierung entsprechend TVöD /Wettbewerb der Träger erfolgt über Qualität, nicht über den Preis
2. Deutlich längerfristige Finanzierungsstrukturen für die Träger - unbefristete Festanstellungen der Lehrenden für Regelaufgaben
3. max. 25 UE (Unterrichtseinheiten zu 45 min) pro Woche bei Vollzeitstelle
4. 58 € Honorar pro UE bei allen bundesweiten Berufssprach- und Integrationskurse; 39,44 € Honorar für alle übrigen Weiterbildungsangebote
5. Träger werden befähigt, Weiterbildung der Lehrenden und kollegialen Austausch zu finanzieren
6. Innovations-Anschubfinanzierung für nachhaltige digitale Ergänzung der Lehre
7. Durchführung einer Integrationskonferenz Weiterbildung mit den zuständigen Ministerien, der Wissenschaft, Vertretern der Träger, der Verbände und der Beschäftigten. Ziel: Zukunftspakt Weiterbildung 2020 – 25

ViSdP:
Dirk Mescher – GEW Hamburg – Rothenbaumchaussee 15 – 20148 Hamburg – info@gew-hamburg.de - www.gew-hamburg.de

QR Code scannen und Hamburger Appell unterzeichnen: